

Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

im Internationalen Bund (IB)



Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstands	3
Leitfaden zum Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im IB	4
Der IB als Teil einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft	8
Leitbild und gesellschaftlicher Standort des IB	8
Demokratiebildung als Querschnittsthema im IB	9
Weitere Hilfen	11



Vorwort des Vorstands

Antidemokratische Gruppen und Einstellungen befinden sich weltweit im Aufwind und kommen zunehmend in der Mitte der Gesellschaft an. Besonders Rechtsextremismus und Rechtspopulismus treten immer häufiger zu Tage und verbreiten menschenfeindliche Ideologien, die auch schon in Deutschland zu schweren Hassverbrechen wie Brandstiftung und Mord führten. Rechte Parteien ziehen in die Parlamente und Stadtratsgremien ein und stellen somit eine zunehmende Gefahr für Demokratien dar.

Unsere demokratischen Werte wie die unantastbare Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit aller Menschen und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden werden durch die ausgrenzende, menschenverachtende Sprache und Ideologie der Rechtspopulist*innen und -extremist*innen bedroht.

Demokratie ist aber nicht nur eine Staatsform, die sich durch Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Parteienwettbewerb, Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz auszeichnet. Demokratie ist ebenso unsere Gesellschafts- und Lebensform. Anfeindungen, Ausgrenzung und Menschenverachtung dürfen in unserer Gesellschaft nicht akzeptiert und die Abwertung von anderen Menschen und Lebensausprägungen darf nicht zur Normalität werden. Zur Bekämpfung jeglicher Erscheinungsformen von Rechtspopulismus, Menschenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt bedarf es einer aufmerksamen, handlungsfähigen und starken Zivilgesellschaft.

Seit seiner Gründung im Jahr 1949 setzt sich der Internationale Bund (IB) als zivilgesellschaftlicher Akteur für Menschen in schwierigen Lebenslagen ein und greift dabei auf seine langjährige Erfahrung zurück. Sein unternehmerisches Handeln basiert auf gesellschaftlichem Engagement und der Übernahme sozialer Verantwortung. Dabei richtet sich der IB gegen Diskriminierung und Rassismus und steht für demokratische Werte und Vielfalt ein.

Diese Zielsetzung verfolgt der IB im Rahmen seiner verbandspolitischen Arbeit, aber auch konkret in den Angeboten der Sozialen und Bildungsarbeit wie der Jugendsozialarbeit, Politischen Bildung oder dem Bundesprogramm „Respekt Coaches“. Demokratieförderung ist im IB eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Arbeitsbereiche hindurchzieht. Darüber hinaus setzt sich die IB-eigene Stiftung „Schwarz-Rot-Bunt“ für Demokratie, Akzeptanz, Vielfalt und Toleranz ein und fördert Projekte, die das friedliche Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Dem Internationalen Bund ist es wichtig, allen Mitarbeitenden eine Hilfe für den Arbeitsalltag im Umgang mit den Phänomenen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zur Verfügung zu stellen. Dazu bietet diese Broschüre einen konkreten Praxisleitfaden. Sie hilft dabei, eine demokratische Grundhaltung und Zivilcourage in konkretes Handeln umzusetzen und bietet eine Übersicht über die unterschiedlichen Angebote des IB sowie Kontakte zu weiteren Anlaufstellen. Im Praxisleitfaden werden mögliche Szenarien der täglichen Arbeit des IB durchgespielt und jeweils eine Vorgehensweise empfohlen. Er lässt sich auch für andere extremistische Phänomene erweitern. Aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, in der rassistische Übergriffe weiter zunehmen und somit eine tatsächliche Bedrohung für Einrichtungen, für Mitarbeitende und Kund*innen des IB darstellen können, konzentriert sich dieser Praxisleitfaden auf das Phänomen des Rechtsextremismus.

Ein herzlicher Dank geht an die Kolleg*innen aus dem IB Süd, Region Südbayern, deren Positionspapier mit einem Handlungsleitfaden gegen Rechtspopulismus der vorliegenden Handreichung als Orientierung diene. Dieses Papier wurde bereits praktisch angewendet und von der Stiftung Schwarz-Rot-Bunt ausgezeichnet.



Karola Becker
Mitglied des Vorstands

Leitfaden zum Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im IB

Es werden anonymisierte Papiere, Briefe in den Briefkasten geworfen

VORGANG

UMGANG

mit rassistischen Aussagen

- 1) Zeitpunkt der Wahrnehmung, Inhalt und Vorgang genau dokumentieren
- 2) Mitarbeiter*innen und Leitung informieren und weiteres Vorgehen abstimmen
- 3) Ggf. Anzeige bei der Polizei durch Führungskraft
- 4) Bei Wiederholung der Tat → *Vorgang wiederholen*

mit konkreten Angriffen/ Drohungen

- 1) Genauen Zeitpunkt und Inhalt dokumentieren
- 2) Sofort Mitarbeiter*innen und Leitung kontaktieren
- 3) Anzeige gegen unbekannt/bekannt bei der Polizei durch die Führungskraft → *Empfehlungen der Polizei folgen*
- 4) Handlungsplan zum Schutz von Mitarbeiter*innen und Klient*innen entwerfen
- 5) Alle weiteren Handlungen, Drohungen etc. dokumentieren, Führungskräfte informieren und an Polizei weitergeben
- 6) Aufarbeitung des Vorfalls in Supervision, im Mitarbeiter*innen-gespräch oder Team → *ggf. Weiterleitung der Betroffenen an entsprechende Beratungsdienste: Siehe „Weitere Hilfen“ am Ende der Broschüre*





Anfragen zum Besuch der Einrichtung

VORGANG

UMGANG

per E-Mail

- 1) Dokumentation der E-Mail und des Vorgangs
- 2) Recherche des*der Absender*in → *welcher Organisation gehört diese Person an? Ist im Internet etwas Auffälliges über sie zu finden?*

Bei rechtspopulistischem bzw. -extremistischem Hintergrund der Anfrage:

- 3) Abklärung mit Führungsebene und Team
- 4) Versand des Leitbilds des IB und Ablehnung des Besuchs
- 5) Bei Wiederholung → *jede Anfrage genau dokumentieren und an Führungskraft weitergeben. Ggf. Sperrung des Mail-Empfangs vom Absender durch IT-Abteilung*

telefonisch

- 1) Bewusst sämtliche Informationen über sich und die eigene Arbeit zurückhalten
- 2) Selbst nachfragen, wer anruft und zu welcher Organisation sie*er gehört, warum Interesse an einem Besuch besteht → ggf. auf Positionspapiere hinweisen
- 3) Keinem Besuch zusagen, sondern der anrufenden Person mitteilen, dass das Anliegen erst mit der Leitung abgeklärt werden muss.
- 4) Nur wenn Person selbst nachfragt, ob sie wieder anrufen kann: Vereinbaren, dass die Person nach 4–6 Wochen noch einmal anrufen soll → *Somit erhält man einen Zeitpuffer zur Vorbereitung für den zweiten Anruf*
- 5) Telefonat dokumentieren
- 6) Leitung und Mitarbeiter*innen informieren
- 7) Sofern der Anruf erfolgt, Absage durch Leitung mitteilen
- 8) Bei wiederholter Anfrage deutlich machen, dass kein Interesse an einem Besuch besteht

Politiker*innen möchten die Einrichtung besuchen

VORGANG

UMGANG

Ein*e Stadtvertreter*in der AfD kündigt sich an

- 1) Umsetzung des Hausrechts intern absprechen:
 - Jede*r Mitarbeiter*in darf prinzipiell die Durchsetzung des Hausrechts vertreten
 - Stadträte haben nicht mehr freies Zugangsrecht
→ *Hausrecht erlaubt Zugangsbeschränkungen*

Jede Einrichtung darf bestimmen, wer sich in den eigenen Räumlichkeiten aufhalten darf.

- 2) Genau nachfragen und informieren, was die Absicht des Besuchs ist
- 3) Zuschicken des Leitbilds des IB
- 4) Absage des Besuchs mit Verweis auf das Leitbild

Eine AG mit Vertreter*innen der AfD besucht die Einrichtung

Vor dem Besuch:

- 1) Leitbild des IB verschicken und deutlich machen, dass die AfD in der Einrichtung nicht erwünscht ist
- 2) Intern eine einheitliche Haltung zum direkten Umgang mit Vertreter*innen der AfD im Team klären z. B. kann das Hausrecht ausgeübt werden.

Während des Besuchs:

- 3) Den Kontakt bewusst zu anderen Mitgliedern suchen – aber nicht ausgrenzend sein, um kein Opfernarrativ zu unterfüttern. Sofern diskriminierenden Parolen geäußert werden, diese nicht stehen lassen, sondern die eigene gegenläufige Position äußern
→ *ggf. Gebrauch von Hausrecht machen (s.o.)*

Bei kritischen Nachfragen, die allein darauf abzielen, die eigene Arbeit in Frage zu stellen → *nicht auf Diskussionen einlassen, sondern die erarbeiteten Positionen freigiebig wiederholen.*

Besucher*in macht rechts-populistische Aussagen. Er*Sie stellt Arbeit der Einrichtung auf Grundlage seiner*ihrer Gesinnung in Frage

- 1) Verweis auf gesellschaftlichen Standpunkt und Leitbild des IB, das im Vorfeld verschickt wird
- 2) Klare Eigenpositionierung der Einrichtung, des Teams
- 3) Bei weiterer Zuspitzung: Hinweis, dass rechtspopulistische Aussagen, welche die Rechte der Klienten oder des Teams verletzen und gesinnungsgeprägt sind, nicht akzeptiert werden.
- 4) Weitere Zuspitzung: Nochmaliger Hinweis, dass man nicht bereit ist, entsprechende Aussagen im Hause zu dulden
- 5) Abbruch der Besprechung, bzw. Aufforderung, dass Vertreter*in das Haus verlässt → *Gebrauch des Hausrechts*

Rechtspopulistische oder rassistische Äußerungen von Kolleg*innen

VORGANG

UMGANG

Kolleg*in äußert sich rechtspopulistisch/rassistisch

- 1) Gegenüber dem*der Kolleg*in Haltung und Position beziehen (mit Verweis auf das Grundgesetz und das Leitbild des IB)
- 2) Meldung des Vorfalls bei der Führungskraft
- 3) Dokumentation des Vorgangs
- 4) Führungskraft sucht Gespräch: Information zu Leitbild und gesellschaftlichen Standpunkt des IB. Arbeitsrechtliche Konsequenzen (Ermahnung, Abmahnung, Kündigung) sind in Zusammenarbeit mit der zuständigen Personalleitung im Einzelfall zu prüfen und bei Bedarf zu ergreifen.
- 5) Bei diskriminierenden Handlungen gegenüber Klient*innen sollte unmittelbar entschieden eingeschritten werden (siehe 1 & 2), damit jene nicht das Gefühl bekommen, dass die Diskriminierung durch das eigene Schweigen unterstützt wird.

Kolleg*in verteilt Material mit rechtspopulistischen/rassistischen Inhalten

- 1) Meldung des Vorfalls bei der Führungskraft
- 2) Dokumentation des Vorgangs
- 3) Führungskraft sucht Gespräch: Information zu Leitbild und gesellschaftlichen Standpunkt des IB. Arbeitsrechtliche Konsequenzen (Abmahnung, Kündigung) sind in Zusammenarbeit mit der zuständigen Personalleitung im Einzelfall zu prüfen und bei Bedarf zu ergreifen.

Rechtspopulistische oder -extreme Äußerungen von Klient*innen

VORGANG

UMGANG

Klient*in äußert sich diskriminierend

- 1) Klare fundierte Haltung gegen die Äußerung beziehen
- 2) Zeitnah Einzelgespräch suchen: Vorfall pädagogisch aufarbeiten
→ *Motivation hinterfragen*
- 3) Vorfall dokumentieren

Bei Anzeichen einer ideologischen Verfestigung der Haltung:

- 1) Pädagogische Betreuung intensivieren. Beziehungsarbeit!
- 2) Ggf. Hinzuziehen einer pädagogischen Fachberatungsstelle
- 3) Ursachen der Haltung aufarbeiten
- 4) Alternativen – insbesondere soziale Kontakte – aufzeigen
- 5) Wenn möglich Entwicklungsverlauf im Betreuungsverhältnis regelmäßig dokumentieren

Bei Fortführung untragbaren Verhaltens:

Überlegen, inwieweit eine Fortführung der sozialpädagogischen Betreuung gewährleistet werden kann

Der IB als Teil einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft

Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen im Kontext der Phänomene Rechtspopulismus und Rechtsextremismus verdeutlichen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und fortlaufend aufrechterhalten und verteidigt werden muss. Deshalb stehen soziale Verbände in der besonderen Verantwortung, auf politische Entwicklungen oder Krisen einzugehen, ein Bewusstsein für rechtsextreme, rechtspopulistische Kräfte und Demokratiegefährdungen zu entwickeln sowie Handlungsoptionen für eine wirksame Gegensteuerung aufzuzeigen. Der IB verfügt über ein vielfältiges Angebot in der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit. Demokratiebildung und Politische Bildung sind dabei als Querschnittsthemen in allen Geschäfts- und Arbeitsfeldern verankert.

Leitbild und gesellschaftlicher Standort des IB

Der Internationale Bund will Menschen dabei helfen, sich in Freiheit zu entfalten, ihr Leben selbst zu gestalten, sich in die Gesellschaft einzugliedern, persönliche Verantwortung zu übernehmen und die gesellschaftliche Entwicklung aktiv mitzugestalten. Der IB wendet sich gleichermaßen an Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Dabei bildet er besondere Schwerpunkte in der Jugendsozialarbeit, in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, bei der Integration von Menschen mit Behinderung und sozial Ausgegrenzten wie auch bei der Entwicklung besonderer Angebote, zum Beispiel für alte Menschen. Der IB wirkt ebenfalls im Sinne europaweiter Sozialpolitik und ist bestrebt, seine Angebote und Kompetenzen auch in internationalen Kontexten einzubringen.

Der IB tritt für demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen, für gesellschaftliche Teilhabe und Akzeptanz ein. Er wendet sich gegen nationale Überheblichkeit, Rassismus und Gewalt. Angesichts komplexer gesellschaftlicher Vorgänge warnt der IB vor schlichten Erklärungsversuchen und scheinbar einfachen Lösungen.

Der IB ist von der unveräußerlichen Würde des Menschen und von dessen lebenslanger Lern- und Entwicklungsfähigkeit überzeugt. Diese Grundhaltung prägt den Führungsstil auf allen Ebenen, den Umgang der Mitarbeitenden untereinander und ihr Verhalten gegenüber den Nutzenden der Angebote des IB – unabhängig von ihrem Status als hilfsbedürftige*r Klient*in oder als auftraggebende*r Kunde*in.

Der IB ist als Teil der Gesellschaft ihren Gesetzen, Normen und Werten verpflichtet sowie ihren Entwicklungen und radikalen Veränderungen unterworfen. In diesem Prozess bemüht er sich, unter Einsatz seiner materiellen Ressourcen, seiner fachlichen Kompetenz und seiner gesamten Mitarbeiterschaft, um Teilhabe, kritische Mitgestaltung und Gegenentwürfe. Die Anstrengungen der Mitarbeitenden richten sich auf die Schaffung und den Erhalt positiver Lebensbedingungen. Dabei bedienen sie sich nicht nur eigener Professionalität, sondern wecken und fördern Eigeninitiative und freiwilliges Engagement der Bürger*innen vor Ort.



Demokratiebildung als Querschnittsthema im IB

Demokratiebildung und Partizipation sind im Selbstverständnis und als Querschnittsthema in allen Geschäftsfeldern des IB verankert. Dabei versteht der IB Demokratiebildung als ein menschenrechtsorientiertes, ganzheitliches Konzept sowie als einen Ansatz, der echte Selbstbestimmungs- und Teilhaberechte fördert sowie einen Erfahrungsraum für demokratische Prozesse bietet. Demokratiebildung und Politische Bildung erfolgen immer ausgerichtet an der jeweiligen Lebenswelt junger Menschen und sind auf Vernetzung und multiprofessionelle Zusammenarbeit angewiesen.

Schwarz-Rot-Bunt

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen ist ein klassischer Bildungsbereich, der in allen Arbeitsfeldern des IB verankert ist. Mit der Gründung der Initiative „Schwarz-Rot-Bunt. Pro Demokratie und Akzeptanz“ hat der IB die Voraussetzungen geschaffen, das Arbeitsfeld politische Bildung stetig weiterzuentwickeln und sowohl Demokratieförderung als auch Demokratiebildung als Querschnittsaufgaben sichtbar zu machen. Ziel ist es, bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein Bewusstsein für die Grundlagen der Demokratie und ihrer Herausforderungen zu schaffen. Hierfür wurden zielgruppengerechte Zugänge, Ansätze und Materialien entwickelt.

Mit der Gründung der gemeinnützigen Stiftung Schwarz-Rot-Bunt im Jahr 2012 wurde die Arbeit der Initiative flankiert und ausgebaut. Die Stiftung fördert das friedliche Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen. An erster Stelle steht die Einübung demokratischen Verhaltens als Grundlage für Akzeptanz und Respekt gegenüber der Verschiedenheit von Menschen. Ziel aller Maßnahmen der Stiftung ist es, jeglichen Formen von Extremismus und Gewalt entgegenzutreten und die Entwicklung von Partizipation und Teilhabe in der Gesellschaft zu unterstützen.

Die Stiftung Schwarz-Rot-Bunt begleitet und unterstützt die Arbeit im Rahmen der Initiative Schwarz-Rot-Bunt und macht sie öffentlichkeitswirksam. Durch jährliche Ausschreibungen zu wechselnden Schwerpunktthemen fördert sie innovative Ideen im IB und macht gute Praxis sichtbar. Sie akquiriert Mittel und leistet Lobbyarbeit für die weitere Umsetzung der Ziele von Schwarz-Rot-Bunt.

Politische Bildung

Der IB sieht politische Bildung als eine übergreifende Aufgabe in allen seinen Geschäftsfeldern, die sich als fortwährender Prozess sowohl in der Sozialen Arbeit als auch in schulischer, außerschulischer und beruflicher Bildung niederschlagen muss. Er folgt der Überzeugung, dass ein mit beruflicher und lebenspraktischer Kompetenz ausgestatteter Mensch auch im politischen Bereich als kompetente*r Staatsbürger*in auftreten sollte.

Politische Bildung im IB verfolgt den Anspruch, gesellschaftliche Entwicklungen zu erkennen, die eigene Haltung zu reflektieren und kritisches Denken zu fördern. Es geht um eine aktive Auseinandersetzung mit den sich ständig verändernden sozialen, politischen und ökonomischen Anforderungen dieser Gesellschaft.

Politische Bildung im IB ermutigt zu aktiver Teilhabe und ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration. Die Mitarbeitenden des IB werden zielgerichtet unterstützt, qualifiziert und dazu ermutigt, sich für demokratische Regeln und Strukturen einzusetzen und Partizipationsmöglichkeiten in den lokalen Netzwerken und Angebotsstrukturen zu schaffen.

Mit zahlreichen Projekten und Veranstaltungen zu den Themenkomplexen Gewalt, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bezieht der IB Position, um nach innen wie nach außen für ein demokratisches Miteinander in Deutschland zu werben.

Mit seinen Seminaren und Projekten fördert der IB:

- *die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Zusammenhängen und Entwicklungen*
- *die Reflexion von Grundfragen politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens*
- *die Urteilsfähigkeit durch Vermittlung von Kenntnissen und Orientierungshilfen*
- *die Bereitschaft für eigenverantwortliches Handeln und politische Mitwirkung*

Politische Bildung ist unparteiisch in Bezug auf politische Programmatik aber nicht neutral. Sie basiert auf demokratischen Werten und Menschenrechten. Daher ist die politische Bildungsarbeit ein wichtiges Instru-

ment im Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Sie vermittelt demokratische Werte wie Gleichheit, Gleichberechtigung und Menschenrechte wie die unantastbare Menschenwürde.

Demokratie und ihre Werte sind nicht selbstverständlich, sondern müssen fortlaufend aufrechterhalten und gefördert werden. Dies wird im IB in allen Angeboten der Politischen Bildung berücksichtigt.

Respekt Coaches

Unterschiedliche Meinungen akzeptieren, Position beziehen, argumentieren – das Präventionsprogramm Respekt Coaches macht demokratische Werte für junge Menschen erlebbar und stärkt sie in ihrer Persönlichkeit.

Mit präventiven Angeboten an bundesweit rund 60 der über 90 Jugendmigrationsdienste des IB fördert das Programm Respekt, Toleranz und den Abbau von Vorurteilen an Schulen.

Schüler*innen erfahren den Wert einer vielfältigen Gesellschaft. Ziel ist es, den Blickwinkel zu erweitern und unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft wird in geschützten Gesprächsräumen und durch passgenaue Angebote vermittelt. Dabei erfahren die jungen Menschen Selbstwirksamkeit, wechselseitigen Respekt und die Vorzüge der Demokratie.

Damit trägt das Programm langfristig zu einem gesunden Klassenklima und Zusammenhalt in der Schule bei und zeigt den jungen Menschen Perspektiven auf, die sie resilienter gegenüber menschenfeindlichen Ideologien machen und vor Radikalisierung schützen sollen. Die Jugendmigrationsdienste setzen das Programm in den Schulen gemeinsam mit Partnern der Schulsozialarbeit und der Politischen Jugendbildung um.

Die Fachstelle Respekt Coaches des IB mit Sitz in Berlin ist seit Januar 2018 für die trägerübergreifende Gesamtkoordination des Bundesprogramms zuständig. Ihre Hauptaufgabe ist es, pädagogische Fachkräfte dabei zu unterstützen, nachhaltige Demokratiebildung an Schulen zu verankern und demokratische Werte für Schüler*innen erlebbar zu machen. Das Programm wird vom BMFSFJ im Rahmen des Kinder- und Jugendplans gefördert.

Jugendsozialarbeit und Federführungsthema im Kooperationsverbund

Die Jugendsozialarbeit im IB setzt in der Lebenswelt der jungen Menschen an, stärkt Selbstwirksamkeit und Handlungskompetenzen, ermöglicht Erfahrungswissen und das Erlernen von Demokratie im Alltag. Sie erkennt politische Bildung als Teil eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses. Politische Bildung und Demokratiebildung gehören damit zum sozialpädagogischen Aufgabenspektrum der Fachkräfte der Jugendsozialarbeit. Die Zusammenarbeit mit Expert*innen aus der politischen und kulturellen Jugendbildung sind für die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit dabei besonders wichtig. Nicht nur die politische Jugendbildung muss in die Jugendsozialarbeit hineinwirken, auch die politische Jugendbildung profitiert von einem strukturellen Austausch mit der Jugendsozialarbeit, indem sie für die Interessen und Bedarfe ihrer Zielgruppen sensibilisiert wird.

Im Rahmen des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit (KV JSA), der einzigen Vertretung der Jugendsozialarbeit auf Bundesebene, setzt sich der IB federführend für die Beteiligung benachteiligter junger Menschen auf allen Ebenen ein. Mit der ressortübergreifenden Jugendstrategie ist bereits ein wichtiges Fundament für eine stärkere, strukturelle politische Einbindung junger Menschen gelegt worden. Im Sinne einer chancengerechten und heterogenen Teilhabe setzt sich der IB im Rahmen des KV JSA für eine stärkere Berücksichtigung und Beteiligung benachteiligter junger Menschen ein.



Weitere Hilfen

Da der Handlungsleitfaden zum Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus nicht alle Fragen beantworten kann, wurden hier weitere Hilfen zusammengestellt:

Informationen über Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Rechtspopulismus

1. Bundeszentrale für politische Bildung:
<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/>
2. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus:
https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/Rechtspopulismus_web.pdf

Rechtsextremismus

1. Bundeszentrale für politische Bildung:
<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/>
2. Amadeu-Antonio-Stiftung:
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/was-ist-rechtsextremismus/>
3. Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention
<https://kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de/>

Suchplattform für die Hilfe vor Ort

Das Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention reagiert auf aktuelle Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus, bündelt Wissen und Erfahrungen, qualifiziert und vernetzt Projektpartner*innen und entwickelt bundesweite Präventionsangebote weiter.

Das Informationsportal richtet sich an alle Menschen mit Fragen und Anliegen zum Thema Rechtsextremismus sowie an professionelle Stellen, Projekte und Einrichtungen, die sich vernetzen wollen.

Das Infoportal bietet eine Suchplattform an, in der die wichtigen Beratungs-, Bildungs- und Präventionsstellen aus der Zivilgesellschaft in der gewünschten Region zum Themenkomplex Rechtsextremismus zu finden sind.

Hier kann nach einer passenden Stelle zur Unterstützung bei rechtsextremen Angriffen, Begleitung für einen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene, Beratung zu

rechtsextremen Vorfällen oder nach Workshops, Aufklärungsmöglichkeiten oder Forschungserkenntnissen gesucht werden:

<https://infoportal.komprex.de/search>

Einen Vorfall melden

Der Bundesverband Mobile Beratung bearbeitet antidemokratische sowie antisemitische Vorfälle und Online-Hetze. Diese können hier gemeldet werden. Opfer von rechter Gewalt erhalten hier ebenso Unterstützung:
<https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/>

Hass im Netz melden

Das Kompetenzzentrum „Hass im Netz“ hat sich zum Ziel gesetzt, Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit dabei zu unterstützen, Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus im Netz wirksam zu begegnen. Auch unzulässige Angebote im Internet können hier gemeldet werden:
<https://www.hass-im-netz.info/index.html>

Informationen und Hilfen zu verwandten Themen

Auf der Webseite des Bundesprogramms **„Demokratie Leben“** finden Sie eine Übersicht über Anlaufstellen, die zu verwandten Themen informieren und Hilfe bieten: <https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/kompetenzzentren-und-netzwerke>

Hier finden Sie Informationen zu folgenden Themen und Schwerpunkten:

- Schulische und außerschulische Bildung im Jugendalter
- Berufliche Bildung, Ausbildung (inklusive Übergangssystem)
- Frühkindliche Bildung und Bildung in der Primarstufe
- Antisemitismus
- Antiziganismus
- Antidiskriminierung und Diversitätsgestaltung
- Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit
- Islam- und Muslimfeindlichkeit
- Rassismus gegen Schwarze Menschen
- Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft
- Islamistischer Extremismus
- Linker Extremismus

Impressum

Internationaler Bund (IB)

Sitz: Frankfurt am Main, VR 5259

Herausgeber: Thimo Fojkar, Vorsitzender des Vorstandes

Valentin-Senger-Straße 5

60389 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Stefanie Weber

Autoren: Sascha Horn, Jochen Kramer, Juliane Marquardt,

Svenja Pasternack, Silvia Stajerova

Diese Broschüre dient als interne Arbeitshilfe.

Bildnachweis: Adobe Stock, Shutterstock

04/2023

www.ib.de